

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

58 (4.2.1918) Abendausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden. Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Wöchentlich 1 Nummer „Karlsruher Unterhaltungsblatt“ mit Illustrationen. Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Ziegler & Co. Karlsruhe. Verantwortl. Hr. Oleg. Wolff. Druck: Ferd. Ziegler & Co. Karlsruhe. Berlin W 10.

Bezugs-Preise: Ausg. A ohne „Illustr. Beilage“ Ausg. B mit „Illustr. Beilage“ In Karlsruhe: Ausgabe A B monatlich Für Verlage abgeholt 1.12 1.32 In d. Briefkästen 1.17 1.37 Für ins Haus geliefert 1.25 1.45 Auswärts: bei Abholung a. Posthalter 1.12 1.33 Durch d. Briefträger tägl. 2mal ins Haus 1.36 1.57 Einzel-Nummer 10 Pf.

Nr. 58. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Montag den 4. Februar 1918. Telefon: Redaktion Nr. 309. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht. Artilleriekämpfe an der Westfront und an der italienischen Front. Erkundungsvorstöße. Vom Luftkrieg.

W.W. Großes Hauptquartier, 4. Febr. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich namentlich in Flandern zwischen dem Southoullter Walde und der Dps, sowie beiderseits der Scarpe steigerte. Westlich von Bellicourt scheiterte ein starker Erkundungsvorstöß der Engländer. An der Milette nördlich Braye drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Positionen ein. Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Bezonvaug 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurde an den beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone zum Abbruch gebracht.

Italienische Front. Zwischen Etich und Piave vielfach Artilleriekämpfe.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vom westlichen Kriegsschauplatz. Vereinheitlichung der Entente-Kriegsführung?

o Zürich, 4. Febr. (Privattelegr.) Der „Tagesanz.“ meldet: Die Vermischung der englisch-französischen Truppen, die bisher vermieden wurde, greift immer mehr um sich. Nachdem erst kürzlich englische Truppen südlich St. Quentin zwischen französischen Streitkräfte bei Speers auf. Diese Vermischung scheint die kommende Vereinheitlichung des Oberkommandos vorzubereiten, da es undenkbar ist, daß die so ineinandergeschobenen Truppen zwei verschiedenen Oberbefehlshabern unterstehen. (g. R.)

U. Genf, 2. Febr. Die Ententekonferenz, die am Mittwoch nachmittag im Trianon-Schloße zur ersten Vollziehung zusammentrat, wolle die Frage des neuen Einheitskommandos ft. „Petit Journal“ im Sinne der französischen Wünsche. Lloyd George hätte also seinen Widerstand gegen einen französischen Entente-Generalissimus aufgegeben.

Der amerikanische Truppentransport.

o Bern, 4. Febr. (Privattelegr.) Der „Berliner Tagbl.“ berichtet: Die zweite größere Truppensendung Amerikas, die, wie berichtet, in Frankreich eintraf, beträgt etwa 32 000 Mann, gleich zwei Divisionen. Auf jedem der 16 verwendeten Schiffe, den ehemals deutschen Passagierdampfern, dürften etwa 2000 Mann untergebracht gewesen sein. (g. R.)

Eine Granate in einem amerikanischen Hauptquartier.

U. Genf, 4. Febr. Durch eine in das Hauptquartier des amerikanischen Generals Wood an der Westfront einschlagende Granate wurde General Wood sowie sein Stabschef und zwei französische Offiziere schwer verwundet. (B. L. A.)

Verurteilung englischer Fliegeroffiziere.

o Berlin, 3. Febr. In der in der deutschen Presse gemeldeten Verurteilung der englischen Fliegerleutnants Scholtz und Wooley wird noch folgendes berichtet: Seit mehr als zwei Jahren werden von englischen Offizieren Flugblätter aufsteigenden Inhalts hinter den deutschen Linien abgeworfen, um durch Wort- und Bildschilderungen des guten Lebens der deutschen Gefangenen in England unsere Truppen zum Ueberlaufen zu verführen. Da bereits im März 1916 zwei deutsche Offiziere von der Entente vor ein Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt wurden, weil sie Flugblätter abgeworfen hatten — ein Urteil, das allerdings später in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt wurde — da ferner Frankreich angeklündigt hat, es werde deutsche Flieger, die Flugblätter hinter den französischen Linien abwerfen, nor ein Kriegsgericht stellen, wurden als Vergeltungsmahregel diese beiden englischen Flieger nunmehr vor ein deutsches Kriegsgericht gestellt. Sie wurden des vollendeten Kriegsverrates für schuldig befunden und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Weitere U-Boot-Erfolge.

W.W. Berlin, 3. Febr. (Amtlich.) U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Brichto-Register-Tonnen.

Die Schiffe waren fast alle tief beladen und wurden zum größten Teil im Mittelmeer vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Schwadron herangeschossen. Namentlich schlagkraft konnte das englische Dampfer „Kunsgrove“ (3043 Tonnen) werden. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Aus dem neuen Russland. Zur Lage.

o Amsterdam, 2. Febr. Nach einem hiesigen Blatt erfahren die „Times“ aus Petersburg: Die Bolschewiki haben beschlossen, die Freigabe des auf englischen und anderen ausländischen Banken deponierten russischen Geldes dadurch zu erzwingen, daß sie den englischen und anderen fremden Botschaften und Konsulaten nicht gestatten, ihre bei den russischen Banken liegenden Gelder abzurufen.

Die Lebensmittelrationen für verwundete und kranke Soldaten sind sehr klein geworden. Die rote Garde beschlagnahmt selbst in den Krankenhäusern und auf der Straße Lebensmittel. Die Spekulanten, Händler, Wucherer und ihre Mitschuldigen werden mit schweren Strafen bedroht.

o London, 4. Febr. Die „Times“ erfahren aus Petersburg vom 31. Januar, daß sieben bewaffnete Leute am hellen Tage einen Postwagen überfielen und mit 65 000 Rubel ungehindert entkamen, obgleich der Vorfall sich vor vielen Augen abspielte.

Die russischen Anarchisten haben sich des Hauses des Millionärs Baron Gripenberg bemächtigt, der zurzeit in Japan weilt. Sie wollen es als Klubhaus benützen.

o Zürich, 4. Febr. (Privattelegr.) Laut „Tagesanz.“ meldet „Uto Rossij.“: Drei aus Nowosibirsk entlassene Offiziere bestätigen, daß auf den früheren Kommandanten des Petersburger Militärbezirks, General Polowinow, ein Mordat verübt wurde. Der General wurde schwer verletzt und zwei Begleitoffiziere erhielten leichte Schußwunden. Der Offizier, der gegen Kaledin eine Bombe warf, wurde verhaftet. Es ist ein Adjutant des ehemaligen Kriegsministers Sawinoff, der sich auch in Nowosibirsk aufhält. (g. R.)

o Zürich, 4. Febr. (Privattelegr.) Der „Tagesanz.“ meldet aus Paris: Der Student Koschak, der frühere Direktor von Kronstadt, ist bei einem Zusammenstoß zwischen russischen und rumänischen Truppen gefallen. (g. R.)

Petersburger Verschwörungen.

U. Stockholm, 2. Febr. (Privattelegr.) Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: In der Sonderkommission für den Kampf mit der Gegenrevolution ist beschloffen worden, alle Mitglieder der Zeitung „Wolja Naroda“ zu verhaften, da sie die Verschwörung gegen Lenin vorbereiten und unterstützen hatten. Außerdem ist festgesetzt worden, daß in Petersburg sich eine besondere Gruppe der Verschwörer gebildet hatte, die es sich unter heiligsten Schwüren zur Aufgabe gesetzt hatte, einen Volkskommissar nach dem anderen und die Mitglieder des Enolng-Instituts zu ermorden. Diese Verschwörer kamen von der Prowing nach Petersburg. Dieselbe Sonderkommission meldet, daß große Vorräte an Waffen und Sprengstoffen entdeckt wurden.

In der Petersburger Gefängnisverwaltung wurde eine Verschwörung entdeckt, an deren Spitze ein gewisser Gawrilow und der Stabsoffizier Schalow standen. Die Verschwörung hatte sich zur Aufgabe gestellt, alle verhafteten Minister zu befreien.

Verhaftete Petersburger Anarchisten.

U. Basel, 4. Febr. Wie der „Sociale“ berichtet, hat die marxistische Regierung den bekannten Anarchistenführer Dusanin verhaften lassen. Die Anarchistenverbände haben darauf ihres Einspruchs erhoben und die sofortige Freilassung ihres Führers verlangt. Sie drohen mit Repressalien. „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg: Die Regierung ließ weitere zahlreiche Anarchisten verhaften. Nach den in verschiedenen Hotels vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurde ein Duzend Offiziere festgenommen. Der bekannte Schauspieler Walna wurde von Selbster erwordet. (Wolff. Ztg.)

Die rote Garde.

o Petersburg, 1. Febr. (Petersb. Tel.-Ag.) Der Rat der Volkskommissare hat die Bildung einer roten Garde angeordnet, die als Wapp der Sowjets und im gegebenen Fall als stärkere Grundlage für den Erfolg der regimierten Elemente der Arbeitermassen gebildet. Der Eintritt in ihre Reihen steht allen Bürgern der russischen Republik frei, die das Alter von 18 Jahren erreicht haben. Jedes Mitglied der roten Garde muß bereit sein, seine Kräfte und sein Leben für die Verteidigung der Grundenssachen der Oktoberrevolution, der Macht der Sowjets und des Sozialismus zu opfern. Zum Eintritt in die rote Garde ist erforderlich, eine Empfehlung der Komitees der demokratischen Organisationen, die die Leitende der Sowjets anerkennen, der herufenen Leiter politischer Organisationen oder wenigstens zweier Mitglieder solcher Organisationen vorzulegen. Die Soldaten der roten Garde der Bauern und Arbeiter werden vollkommene von Staats unterhalten und bekommen außerdem 50 Rubel. Oberstes Verwaltungsorgan der roten Garde sind die Volkskommissare. Der Oberbefehl und die unmittelbare Verwaltung der Armee sind beim Kriegskommissariat in einem Sondertrat zusammengefaßt.

Die Zustände in Finnland.

Ueber das Eingreifen der Bolschewiki-Truppen in Finnland.

W.W. Bern, 2. Febr. (Nicht amtlich.) Overt Finnland zu Folge hat die Petersburger Regierung dem Präsidenten der Regierung der finnischen Republik in Beantwortung seiner Mitteilung, betref-

fend Einmischung russischer Truppen in den Bürgerkampf im Innern Finnlands, folgendes mitgeteilt:

„Die russische Regierung erachtet zusammen mit Ihnen die gewalttätige Einmischung russischer Truppen in die inneren Angelegenheiten Finnlands für unzulässig, auch vom Gesichtspunkte des revolutionären finnischen Proletariats aus, aber jene Nachrichten, die wir von diesen Teilen und ihren Mannschaftebeständen haben, daß die gegenrevolutionären schawinistischen Elemente der finnischen Bevölkerung russische Soldaten anrufen, auf Eisenbahnzüge schießen und anderes mehr, rufen wirkliche Selbstverteidigungsmaßnahmen hervor. Zusammen mit Ihnen halten wir für unbedingt notwendig, in kürzester Frist Finnland von den russischen Truppen zu reinigen.“

Schweden und die Alandsfrage.

o Stockholm, 2. Febr. (Svenska Telegrambyran.) Der König empfing heute eine Aländische Abordnung, die einen von fast 8000 wohnhaften Bewohnern der Insel unterzeichneten Wunsch auf Vereinigung Alands mit Schweden ausdrückende Adresse an den König und an das Volk Schwedens überreichte. Der König erklärte, er sei glücklich, sie zu empfangen und ihre Gefühle für ihr altes Vaterland zu erfahren. Er drückte den Wunsch aus, es möge der schwedischen Regierung im Einverständnis mit einem freien, selbständigen Finnland gelingen, einen Ausweg zu finden, um die Schwierigkeiten für die Vereinigung des Wunsches der Bevölkerung Alands zu überwinden. Die Abordnung wurde auch von der Königin empfangen.

Die ukrainische Frage in Brest-Litowsk. (Schluß.)

o Brest-Litowsk, 2. Febr. Im Verfolg der Debatte über die Unabhängigkeit und Selbstbestimmtheit der Ukraine und die rechtliche Auswertung derselben durch Vertreter der ukrainischen Volksregierung, führte Herr Lubinski, Delegierter der Ukraine, weiter aus:

„Die bolschewistische Regierung in Petersburg weiß sehr wohl, daß nicht nur die zahlreichen Republiken, die Ukraine, das Dongebiet, der Kaukasus und andere, sie nicht als ihre Regierung anerkennen würden, sondern daß auch das russische Volk selbst ihr dieses Recht verweigern würde. Nur aus Furcht vor der Entwicklung der nationalen Revolution haben die Bolschewiki mit der ihnen angeborenen Demagogie schon in Russland selbst wie hier auf der Friedenskonferenz das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aufgestellt. Zur Bekämpfung der Durchführung in die Praxis nehmen sie ihre Anstalt nicht nur zu den Selbstbestimmten der roten Garde, sondern sie unterdrücken die Bestrebungen der ukrainischen Volksregierung, durch billige fassliche und tenberfähige Schlichtungen die Autorität der Regierung der einen oder der anderen jungen Republik zu untergraben. Bekannt Politiker, von bewährter sozialistischer Vergangenheit und alte Revolutionäre, werden von ihnen beschuldigt, als wären sie Bourgeois und Gegenrevolutionäre.“

Die Regierung der Bolschewiki erklärt den heiligen Krieg, indem sie die Vertreibung der Bourgeoisregierung verlangt, mit denen angeblich die sozialistische Regierung der Bolschewiki selbst über die Beendigung des bruderermordenden Krieges keine Verhandlungen pflegen will. So führt die Regierung der Bolschewiki anstatt des Grundgesetzes der Selbstbestimmung, den Grundfab der Anarchie und der Herrschaft durch, da sie weiß, daß es leichter ist, zu zerstören als neu zu schaffen. Sie hält sich an das alte lateinische Sprichwort: Calumniare audebat, semper aliquid haeret (verleumde nur fählich, es bleibt immer etwas hängen).“

Der Kampf der Petersburger Regierung gegen die Regierung der ukrainischen Republik und ihre offensichtliche Unaufrichtigkeit bei der Anerkennung der Verechtigung unserer Delegation hat schon früher bei uns nicht unbegründeten Verdacht hervorgerufen. Wir waren überzeugt, daß Herr Trasky sehr bald verstanden würde, sich von den durchaus klaren und unzweideutigen Worten loszusagen, mit denen er unsere Delegation als bevollmächtigte Vertreter unserer Republik anerkannt hatte. Unsere Erwartungen haben sich bewahrheitet: Am Tage, an dem wir nach Kiev abreisten, um unsere engbrünnliche Instruktion einzuholen, ist auf Aufforderung und unter gütiger Mitwirkung der Bolschewiki über Petersburg und Danaburg eine neue Delegation

hier eingetroffen, die das Ziel hatte, unsere Autorität in den Augen der arbeitenden Massen Europas zu untergraben. Um die Rechte und den Charakter dieser Delegation genauer zu begründen, müssen wir näher auf diesen Punkt eingehen.

Das durch gemeinsame Ideale und gemeinsame nationale Bestrebungen geknüpfte ukrainische Volk, das zu ruhigen und geordneten Formen des staatlichen Lebens neigt, hat sich vom ersten Tage an mit Eifer der schon lange erwarrieten Möglichkeit des staatlichen und nationalen Aufbaues gewidmet. Die ukrainischen Bauern, Arbeiter und Soldaten haben es unter dem Schutz der aus ihren Reihen hervorgegangenen Intelligenza nicht nur verstanden, sich selbst zu organisieren, sondern sie haben auch alle Bevölkerungsguppen nichtukrainischer Herkunft, die auf ukrainischem Boden leben, mit herangezogen. Als Ergebnis dieser Arbeit, die durch die langjährigen Bemühungen der ukrainischen Politiker vorbereitet war, als Produkt der ukrainischen revolutionären Schaffenskraft ist die ukrainische Volksregierung, die sich aus den Vertretern der ukrainischen Soldaten, Arbeiter und Bauern zusammensetzt. Die ukrainische Volksregierung hat durch ihre Initiative dem ukrainischen Volk seinen Weg gewiesen. Die ukrainische Volksregierung, die schon im Juni vorigen Jahres die erste ukrainische Regierung, das Generalsekretariat gebildet hat, hat die erste Regierung im Ausland gestellt, die ausschließlich aus Sozialisten zusammengesetzt war. So hat das ukrainische Volk Schritt für Schritt durch eigene Arbeit seinen Staat geschaffen.

Zur Einmischung in unsere Verhältnisse hat die Petersburger Regierung keinerlei Veranlassung und keinerlei Grund. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß nach dem Gebiet der Ukraine und nach den daran anschließenden Provinzen schon unter dem zaristischen Regime vorzugsweise Soldaten nichtukrainischer Abstammung eingesetzt wurden, und es ist während der Revolution nicht gelungen, die Ukrainer von diesen zugezogenen und ihnen fremden Elementen zu befreien. Während die ukrainischen Soldaten von allen Kriegsschauplätzen und von allen Fronten ihre Delegierten zu dem Besatzungsrat nach Kiev schickten und sich alle um die ukrainische Militärrada (Komitee), die einen Teil der Dienstverhältnisse bildet, haben als nichtukrainische Soldaten an einigen Stellen der Ukraine ihre Erhaltungswerte erhalten, die insofern ein Hindernis auf dem Wege der ukrainischen Selbstbestimmung sind, als sie den ukrainischen Soldaten, Arbeiter und Bauern unter jenen Umständen in das innere Leben der Ukraine einzumischen, haben die Petersburger Bolschewiki angekündigt, von der ukrainischen Regierung zu verlangen, daß die ganze Regierungsmacht in der

Ukraine gerade diesen Soldaten übergeben werde, ohne jede Berücksichtigung der von den Bolschewiki auf der Friedenskonferenz aufgestellten Forderung, daß fremde Truppen aus besetzten Gebieten zurückzuführen seien. Natürlich konnte die ukrainische Regierung diese Forderung nicht erfüllen.

Den zweiten Anlaß zur Einmischung in das innere Leben unserer Republik bildete die Forderung der Petersburger Bolschewiki, den Wahlern der Zentralrada zu veranlassen, indem ich beiseite lasse, ob eine derartige Forderung eine offensichtliche Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes ist, ist diese Forderung auch deswegen undurchführbar, weil die Vorschriften über die Vertretung in der Rada weder dem Willen der Wähler das Recht gibt, ihren Vertreter von der Rada auszuschließen und ihn durch einen anderen zu ersetzen. Die Wahlen zu der konstituierenden Versammlung ganz Russlands, die Ende November vorigen Jahres stattfanden, führten auf dem ganzen Gebiete der Ukraine zu einem glänzenden Siege der ukrainischen Zentralrada und zu dem Organisationsparteien, indem von den ukrainischen Kandidaten über 75 Prozent gewählt worden sind, während die anderen Parteien, die in der Zentralrada vertreten sind, etwa 15 Prozent, die Bolschewiki sogar weniger als 10 Prozent erzielt haben. Zum Beispiel sind im Gouvernement Kiew auf Grund unserer Wählerliste 20 von 100 Kandidaten von 22 vorgeschlagenen gewählt worden, im Gouvernement Poltawa von 19 Kandidaten 18, in Wolhynien von 10 Kandidaten 9, in Ostgalizien von 17, 14 usw. Ich nehme an, daß das genügt. Das sind die Namen, auf die sich die ukrainische Zentralrada stützt und in deren Namen wir hierhergekommen sind, um hier zu bleiben.

Jetzt hat die Petersburger Regierung beschlossen, zum letzten Mittel zu greifen. Sie hat am 3. Dezember in Kiew unter dem schwebenden Einverständnis der Zentralrada den ukrainischen Kongreß der Arbeiter und Bauern einberufen. Auf dem Kongreß trafen über 2000 Delegierte ein. Entgegen den Hoffnungen für die Zentralrada in Kiew zu ihrer Sitzungen mit lauten Ovationen für die Zentralrada in Kiew und für ihren Vorsitzenden, Herrn Professor Grommierski. Sie haben der Zentralrada mit übermächtiger Mehrheit ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Nach diesen Vorgängen ist eine kleine Gruppe von Bolschewiki, etwa 80 Mann, von diesem Kongreß entlassen, ist nach Charkow übergesiedelt und hat sich als neue Regierung der ukrainischen Volksrepublik erklärt. Die Bolschewiki haben dorthin unorganisierte Bänder von roten Garben hingeschickt, um die Charkower Regierung vor den Leuten der Gouvernements Charkow zu schützen. So ist die Charkower Regierung entstanden, und das sind die Kräfte, die sie sich bilden. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß sie nicht nur nicht berufen ist, die ukrainische Republik zu vertreten, sondern daß sie kaum als Vertretung der Stadt Charkow angesehen werden kann.

Auf die anderen Bemerkungen des Herrn Trotsky habe ich es nicht für nötig, zu antworten. Unsere Zukunft, unsere Geschichte, unsere Nachkommen und die letzten Mächte des arbeitenden Volkes, die auf beiden Seiten der Frontlinien stehen, werden selber darüber entscheiden, wer von uns recht hat und wer schuld ist, wer Sozialist ist und wer Gegenrevolutionär, wer schafft und wer das Geschaffene zerstört.

Die Anerkennung der ukrainischen Delegation.

Hierauf gab der Vorsitzende der Österreichisch-ungarischen Delegation Graf Czernin folgende Erklärung ab: Die Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte bedeuere ich mich, auf der allgemeinen Erklärung der ukrainischen Delegation folgendes auszusprechen:

Wie bekannt, hat der Vorsitzende der ukrainischen Delegation, Staatssekretär Kolobowitsch, in der Plenarsitzung vom 10. Januar 1918 erklärt, die ukrainische Volksrepublik nehme, stehend auf dem 8. November von 7. bezw. 20. November 1917, ihre nationale Existenz wieder auf und trete in vollkommener Freiheit die ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte und internationalen Beziehungen an. Mit Rücksicht hierauf habe es die Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, auf die jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen. Daraus habe ich in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 namens der vier verbündeten Mächte folgende Erklärung abgegeben: Wir erkennen die ukrainische Delegation als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Im Hinblick auf die veränderte Stellung, die der Vorsitzende der russischen Delegation in der Plenarsitzung vom 30. Januar in dieser Frage eingenommen hat, wonach nur solche Abkommen mit der Ukraine anerkannt und abgelehrt werden könnten, die durch die Regierung der souveränen Republik Russlands formell bestätigt seien, sehen die Delegationen der vier verbündeten Mächte angedeutet des besetzten Gebietes Standpunktes der Delegation des kiewer Volksministeriums folgende Erklärung ab:

Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon als unabhängigen, freien und souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.

Herr Trotsky bemerkte kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatlichkeit nicht geändert, und müsse darauf hinweisen, daß es den vier verbündeten Mächten schwer fallen dürfte, die geographischen Grenzen der von ihnen soeben anerkannten Republik anzugeben. Für Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Polen und Finnland in Brest-Litowsk.

W.B. Brest-Litowsk, 3. Febr. (Nicht amtlich.) Heute vormittag hielten die deutsche, österreichisch-ungarische und russische Delegation zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine weitere Sitzung ab. Die Besprechung begann mit einer Aeußerung des Staatssekretärs von Kühlmann in der Frage der Einbindung der polnischen und litauischen Kandidaten in die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Staatssekretär von Kühlmann erklärte, der ständige Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei völlig unverändert.

Herr Trotsky führte demgegenüber aus: Die Frage der Zuziehung einer Abordnung der polnischen Regierung als der Regierung eines selbständigen Staates, zu den hiesigen Verhandlungen, sei aufgelaugt, als die russische Delegation diesen Gegenstand gestreift habe, um das Augenmerk darauf zu lenken, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkennen, die Heranziehung einer Vertretung Polens zu der Verhandlung aber nicht angeregt hätten. Darauf habe die Gegenpartei allerdings erklärt, daß sie diese Frage einer wohlwollenden Prüfung unterziehen würde.

Hierauf fuhr Herr Trotsky fort: Wir unsererseits erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates in vollkommener Weise an, aber wir können nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß diese Selbständigkeit nur scheinbar ist, so lange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Gerade deswegen, weil wir die Selbständigkeit des polnischen Volkes und seines Staates anerkennen, können wir, ohne die Selbständigkeit des polnischen Staates anzutasten, doch nicht die jetzigen Vertreter, die durch den Willen der bestehenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen.

Als Bevollmächtigte zur Teilnahme an diesen Verhandlungen fuhr Herr Trotsky fort, könne er nur eine Vertretung Polens ansehen, die sich auf die breite Masse stützen könne. Er müsse darauf aufmerksam machen, daß die russische Delegation, wenn sie die Regierung des Herrn Ruzharszewski nicht als die bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansehe, damit durchaus nicht sage, daß sie die Unabhängigkeit des polnischen Staates und des polnischen Volkes nicht anerkenne.

Zur Erinnerung hierauf wird erwähnt, daß der russische Delegierte in dieser Hinsicht, die die Vertreter der Mittelmächte bei den kommissionarischen am 11. und 16. Januar in dieser Frage abgegeben haben. Anknüpfend hieran, bemerkte der Staatssekretär von Kühlmann, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen De-

legation von den westlichen Mandatvölkern die Polen heute ausgefordert habe. Die Angelegenheiten der Polen, Litauer und Aurländer seien bisher zusammen erörtert worden. Er glaube aber einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trotsky die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange anerkannt habe. Wenn der Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen westlichen Mandatvölker Russlands die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiermit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

In Beantwortung einer vorher gemachten Bemerkung Trotskys, daß die Regierung der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, erklärte Staatssekretär von Kühlmann, er sei über die Vorgänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet, doch seien ihm von zuverlässiger finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber gekommen, daß die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe, und daß die nachsicht geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen vom finnischen Territorium von der russischen Regierung nicht in bezüglender Weise beantwortet worden seien. Die Stellungnahme zu dem durch die Ereignisse in Finnland geschaffenen Zustand müsse daher durchaus vorbehalten bleiben.

Minister des Innern Graf Czernin wies darauf hin, daß Herr Trotsky eine ganz richtige Unterscheidung zwischen Staaten und deren Regierung gemacht habe. Herr Trotsky lehne nur die Selbständigkeit des polnischen Staates an, wolle jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diese Staaten zu vertreten, nicht anerkennen.

Wird Verteidigung konstatieren er, daß Herr Trotsky mit seiner heutigen Erklärung wenigstens die Existenz und die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, womit eine Annäherung der beiden verfeindeten Standpunkte stattgefunden zu haben scheint. Dagegen vermag er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, einem Schicksal einer dritten Regierung unterliege.

Zur finnischen Frage vermerkte sodann Herr Trotsky: Die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, und daß sich damals noch Truppenteile, die am Kriege teilnahmen, auf finnischem Boden befanden. Als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewandt habe, habe dieser selbständig den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abschluß des Friedens zurückgezogen würden, falls es aus militärischen Rücksichten nicht möglich wäre, sie schon früher zurückzuführen. Zur Herbeiführung eines Einverständnisses hierüber sei eine Kommission gebildet worden. Als nun in Finnland die Revolution der Arbeitermassen begann, haben sich die finnischen Sozialisten an die russischen Truppen mit dem Wunsch gewandt, daß sich diese nicht in die Kämpfe einmischen sollten.

Neue russische Geheimdokumente.

Der Zar als Englandfeind für die Annäherung an Deutschland.

— Berlin, 3. Febr. Unter den neuerlich veröffentlichten russischen Geheimdokumenten ist von besonderem Interesse eine Ende 1904 an den früheren Zaren von Rußland gerichtete Aufzeichnung des damaligen Ministers für auswärtige Angelegenheiten, Grafen Lambdorski, in der dieser der deutschen Regierung das Beitreten unterstellt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich zu lösen, und sich aus diesem Grunde sehr reserviert zu einer damals in Frage stehenden engeren Annäherung zwischen Deutschland und Rußland äußert.

Auf diese Aufzeichnung hat der spätere Zar von Rußland folgende Resolution gesetzt: 29. Oktober 1904. Nicht völlig einverstanden mit Ihnen. Sie sehen aus meiner Antwort auf das Telegramm des deutschen Kaisers, daß ich gegenwärtig für eine derartige Verbindung mit Deutschland und Frankreich kräftig wirke. Dies wird Europa von der mahllosen Freiheit Englands befreien und in der Zukunft höchst nützlich sein.

Bestehungsgelder für Schweden.

— Stockholm, 1. Febr. Nephthys Bryan erzählt aus Helsingfors: Die Petersburger Zwetschka vom 20. Januar veröffentlicht wiederum vier Geheimdokumente. Eines davon ist ein Telegramm des früheren russischen Gesandten in Stockholm, Geklewitsch. In jenem Telegramm wird ein Plan entwickelt, wie man die schwedische Presse und die Arbeiterorganisationen kaufen könnte. Der amerikanische und der englische Gesandte verhielten sich dem Verluße gegenüber, die Presse unmittelbar zu beeinflussen, ablehnend. Der französische Gesandte aber schlug vor, die Propaganda solle nicht durch Stockholms Telegramm Bureau betrieben werden, sondern durch Einwirkung auf die Arbeiterorganisationen, die ihrerseits wieder die Presse bearbeiten würden.

Geklewitsch schlug vor, daß der französische Gesandte zu diesem Zweck 100 000 Kronen erhalten solle. Auch der italienische Gesandte in Stockholm billigte den ganzen Plan. Zu dieser aufsehenerregenden Nachricht veröffentlicht der französische Gesandte eine Erklärung, in der er den Sachverhalt teilweise zugibt. Er teilt mit, er habe in einem Bericht an seine Regierung seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß die Alliierten niemals daran gedacht hätten, in Sachen der öffentlichen Meinung die Methoden des feindlichen Propagandadienstes anzuwenden, der mit so bemerkenswerten Erfolgen gearbeitet habe.

— Stockholm, 2. Febr. Fast die gesamte hiesige Presse gibt ihrer Enttäuschung über den durch die Veröffentlichung des geheimen Planes der hiesigen Entente-Gesandten Ausdruck, die Presse und die Gewerkschaften zu bestechen. Ueberall wird hervorgehoben, daß nun der eigentliche Charakter von Stockholms Telegramm Bureau, dem in Stockholm eingerichteten Ententebureau, das gegen Soenosa Telegramm Bureau in Wettbewerb treten sollte, enthüllt worden sei. Die Zeitung „Socialdemokraten“ heizt sich, zu behaupten, die Gewerkschaften hätten von der Entente niemals ein Angebot bekommen. Das sogenannte „Dementi“ des französischen Gesandten wird als nichts anderes wie eine Bestätigung des Inhalts des Geheimdokumentes gedeutet. Die in dem „Dementi“ enthaltene Behauptung, daß die schwedische Presse durch die Mittelmächte bestochen sei, erregt empörten Widerspruch.

Kriegs- und Friedensziele.

Frankreichs Munitionsbestellungen.

o Paris, 4. Febr. (Privattele.) Die „Fürcher Post“ berichtet aus La Chaux de Fonds: Einer Reihe von Munitionsfabriken im Schweizer Jura sind von Frankreich jetzt neuerdings die Munitionsbestellungen auf 1. März gekündigt worden. Dr. in Frankreich selbst Munitionsfabriken den Betrieb einstellen, in Paris sei eine solche mit 1500 Arbeitern, nimmt man an, daß Frankreich jetzt ebenfalls mit einem baldigen Kriegsabbruch rechnen. (g. R.)

Die Friedenskonferenz der Arbeiter.

— Amsterdam, 2. Febr. „Manchester Guardian“ schreibt in einem Leitartikel: Die sogenannten Arbeiter haben sich überall durchgesetzt, der Krieg war ihnen notwendig, wenn sie den Lebensunterhalt sichern, das es sich um einen notwendigen Verteidigungskrieg handelt. Die Arbeiter der Alliierten werden nach ihrem Kongreß am 20. Februar, wenn dort Einstimmigkeit erzielt wird, die Pro-

keit zur Erhaltung internationaler Konferenzen verlangen. Der Erfolg dieser letzteren wird davon abhängen, ob sich alle Parteien an den einfachen, allgemein anerkannten Grundsatz anschließen werden, der überall die Zustimmung der Arbeiter findet. Dies kann nur dann erreicht werden, wenn von allen Seiten etwas aufgeopfert wird. Man wird von England und Deutschland verlangen, einige besetzte Gebiete aufzugeben, und von Frankreich, es möge zustimmen, sein großes Problem auf die Weise zu entscheiden, die bisher nur von den französischen Sozialisten angenommen wurde. Jede Nation müsse etwas von ihren Wünschen und von ihrem Stolz preisgeben.

— Sch. Rotterdam, 4. Febr. (Privattele.) Die Londoner „Morning Post“ meldet: Lord Lansdowne erhielt von den Gewerkschaften in Manchester, Birmingham und Glasgow Einladungen auf Vorkräge über die von dem Nord mehrheitlich dargelegten Grundzüge einer Verkündung auf der Grundlage eines allgemeinen Völkervertrages.

Deutschland und der Krieg.

— Berlin, 4. Febr. Der Geschäftsführende Ausschuss der national-liberalen Partei beschloß, den Zentralvorstand der Partei zu einer Sitzung auf Sonntag, den 10. März, nach Berlin einzuberufen.

Generallandwirtschaftsminister Rapp in den Reichstag gewählt.

— Bismarck, 2. Febr. Bei der heutigen Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg-Bitterfeld anstelle des verstorbenen Abgeordneten Gottschalk-Sauerwald war bis 11 Uhr abends das Ergebnis aus 212 von insgesamt 242 Wahlbezirken bekannt. Es wurden von 11 657 Wahlberechtigten 464 gültige Stimmen abgegeben, davon für Generallandwirtschaftsminister Rapp (links) 454 Stimmen. Zerpflüßert waren 100 Stimmen. Die Wahl vollzog sich im Zeichen des Bürgerfriedens. (Rapp war 1. St. wegen seines Flugblattprotestes gegen die Politik Bethmann-Hollwegs seines Amtes enthoben, unter Reichsminister Michaelis aber aufs neue als Generallandwirtschaftsminister bestätigt worden. D. Red.)

Teuerungszulagen für die preussische Geistlichkeit.

— Berlin, 2. Febr. (Nicht amtlich.) Wie der evangelische Presbyterialrat für Deutschland erfährt, hat der preussische evangelische Oberkirchenrat in Berlin für seinen Aufsichtsbereich angeordnet, daß jeder aus landesrechtlichen Mitteln der Gemeindegeldern einmalige Kriegsteuerungszulagen in gleicher Höhe mit der staatlichen Zulage für den Staatsbeamten und Volksschullehrern gewährt werden sollen.

Oesterreich-Ungarn und der Krieg.

— Wien, 4. Febr. (Nicht amtlich.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Kaiser ernannte die Generalobersten von Böhm-Ermolli und von Borowicz zu Feldmarschällen.

Deutsch-österreichische Ernährungsvereinigungen.

— Wien, 1. Febr. Den Blättern zufolge begaben sich der Leiter des Ernährungsamtes, Minister Höfer, sowie der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses, Generalmajor Landwehr, gestern nach Berlin, wo heute die Beratungen über die Nahrungsfrage beginnen.

Frankreich und der Krieg.

— Bern, 2. Febr. Das „Petit Journal“ ist wegen Veröffentlichung der Namen der Toten und Verwundeten bei dem Luftangriff gestern beschlagnahmt worden.

Ministerwechsel im Kabinett Clemenceau.

— U. Genf, 3. Febr. In Stelle des Unterstaatssekretärs für Gesundheitswesen, Justin Godart, der nach der gestrigen Kammerkunft zurücktrat, soll, wie der „Progres“ meldet, der Abgeordnete Hugagnieur mit erweiterter Obliegenheiten ins Kabinett eintreten. Zwischen Clemenceau und Godart bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten in der Frage der inneren Politik. Es besteht der Eindruck, daß Clemenceau Godarts Platz für Hugagnieur brauchte, der in den jüngsten Kammerkämpfen sich wiederholt für das Kabinett Clemenceau einsetzte. (B. Tbl.)

Ein Niesenausstand in Frankreich.

— U. Genf, 4. Febr. (Priv.) Hervé spielt in der „Victoire“ auf einen Niesenausstand an, von dem zu sprechen die Zensur verboten habe. Die Regierung hatte einen Führer der Syndikalistischen militärisch eingesetzt, und, um dessen Agitations-tätigkeit zu verhindern, an die Front geschickt. Die Arbeiter antworteten mit einem Ausstand, der solchen Umfang annahm, daß Clemenceau mit den Anständigen verhandeln und ihnen nachgeben mußte.

Norwegen und der Krieg.

Beurteilungen im Bomben-Prozess.

— Christiania, 2. Febr. In dem heute abgeschlossenen Bombenprozess sind alle Angeklagten wegen Spionage nach dem Gesetz von 1914 verurteilt worden. Jensen, Sandvik und Sandström auch wegen Anschaffung von Sprengstoffen zur Verurteilung von Seefischen. Es wurden folgende Urteile gefällt: Jensen 6 Jahre, Jensen 2, Wirtanen 2 1/2, Sandvik und Sandström 4 1/2 Jahre Gefängnis, unter Anrechnung der Verurteilungsdauer.

Vermischtes.

o Heilbronn, 4. Febr. Der 23 Jahre alte ledige Mechaniker Karl Kiefer von Neckarwestheim, D.A. Volkheim, der am 10. Okt. 1917 seine Geliebte, die 28jährige Marie Nohlfelder von Gemmingen heim samt ihrem Kind in den Neckar geschoben hat, so daß beide ertrunken sind, wurde vom Schwurgericht abgeurteilt. Die Geliebte und Kind wurden dem Schwurgericht abgeurteilt. Die Geliebte und Kind wurden dem Schwurgericht abgeurteilt. Die Geliebte und Kind wurden dem Schwurgericht abgeurteilt.

— Berlin, 2. Febr. Der Sultan hat 10 000 Mark zur Unterstützung der durch die Ueberschwemmung in Ostgalizien verarmten Arznaner geschenkt.

Luftwärme in Karlsruhe.

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station.) Am 3. Febr. 2 1/2 Uhr nachm. -0,6 Grad, 9 1/2 U. abds. -2,3 Grad, am 4. Febr. vorm. -2,1 Grad. Nachts am 3. Febr. 0,8 Grad; Nachts in der folgenden Nacht -3,6 Grad.

Wetterbericht des Londoner f. Meteorologie u. Hydrographie. Voraussichtliche Witterung am 5. Februar: vorerst keine wesentliche Veränderung.

Badische Chronik.

Schwefingen, 3. Febr. Unter dem Bedacht ein aufrehtes Kind nach der Geburt im Herdfeuer verbrannt zu haben, wurde eine Ehefrau, deren Mann im Felde steht, angezeigt. Die Frau bin, in deren Wohnung die Tat geschah, wurde bereits festgenommen. ...

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 4. Februar. Für die Bad. Gefangenensorge Herr W. Herrmann, General-Beauftragter der Bad. Gefangenensorge-Gesellschaft, werden den für das Großherzogtum Baden, in Karlsruhe, seit uns mit, daß die Bad. Gefangenensorge-Gesellschaft in Baden dem Landesauschuß der Gefangenensorge (Auslandsdienst des badischen Landesvereins vom Roten Kreuz) einen Betrag von 10 000 Francs in Schweizer Währung zur Verfügung gestellt haben. ...

des Verbandspräsidenten, Herrn Fichtl, über die derzeitige wirtschaftliche Lage des Gastwirtsberufes. Der Referent schilderte die schwierigen Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung, mit denen der Wirt als Verfolger einer großen Familie von Gästen zu rechnen habe. ...

Auch die übrigen Mitwirkenden, vor allen die Damen Pix, Annemarie Hörth und Herr Dapper boten höchst ergötzliche Leistungen. Der Beifall war stark und herzlich.

Karlsruhe, 4. Febr. Die im Konzerthaus gegebenen 3 Einakter: „Fräulein Witwe“, „Die Vore“ u. „Lottis Geburtstag“ verließen das Sonntagspublikum in die heiterste Stimmung u. es ist begreiflich, daß unsere Festgenossen beim jüngsten Gastspiel draußen in dem Fronttheater sich bei den von Feig Baumbach vortrefflich inszenierten Stücken köstlich unterhielten. ...

Junges Bitt an die Einwohnerschaft Karlsruhe.

Wiederum tritt der Badische Landesverein vom Roten Kreuz an die Einwohner unserer Stadt mit einer herzlichsten Bitte heran. Um die freudige Fürsorge, die das Rote Kreuz pflichtgetreu, in den verflochtenen, doppelt zählenden, schweren Kriegsjahren ausübt, weiter betätigen zu können, finden in der Zeit vom Dienstag, den 5. Februar bis 20. Februar 1918 Hausfassungen in Altmaterialien statt. ...

Groß. Hoftheater Karlsruhe.

Karlsruhe, 4. Febr. Die alte, vergnügliche Posse „Robert und Bertram“ unterhielt am Samstagabend eine nicht gerade zahlreiche Zuschauerschaft auf beste. Die beiden Vorgabunden fand in den Herren Giese und Paul Müller launige und geistreiche Vertreter, die die Pöppel mit Siderheit registrierten und das Rennen gewannen, wie sie wollten. ...

Kaffee Erbprinz Täglich nachmittags und abends Großes Künstlerkonzert Georg Haas, früher Geschäftsführer „Kaffee Odeon“.

Unentbehrlich fürs Feld sind: Rasier-Apparate, Rasiermesser, ganze Rasiergerätschaften, sowie Haarschneidemaschinen. Karl Hummel, Werderstraße 13.

Buchenholz! garantiert prima trocken, kurz gefügt und gespalten, für Dien- u. Zentralheizung, liefert frei vor's Haus 1888. Carl Finkelstein, Holz- u. Kohlenhandl., Bündelholzfabrik, Schützenstr. 59 — Telefon 2402.

Berufswechsel. Stellung-Verdienst u. Nebenverdienst stachende Personen jeden Standes, A. Stein, Vorlag, Kölnstr. 1, 1813.

Waschenubren. wenn auch reparaturbedürftig, werden stets ausgetauscht. 108. Wolltraubs- u. Wollwäscherei, Kronenstr. 62.

Wer etwas zu kaufen sucht, etwas zu verkaufen hat, eine Stelle zu vergeben, eine Stelle zu begeben, hat, etwas zu vermieten hat, oder sonst was, in der Badischen Presse.

Für ein vornehmen gebrauchsfähigen Vertriebsgeschäft. Seriöses Bewerber evtl. auch Resedanten wollen sich sofort melden. Generalvertreter Walter Hill, Stuttgart.

Heirat. Tücht. Geschäftsmann, 42 Jahre, a. St. Kriegsanführer, sucht auf diesem Wege fr. Lebensgefährtin. ...

7-10000 Mk. auf 2. Hypothek ausgeben. Wabers 1888. Dirschstr. 43, 1. Etod.

Gränlein sucht in Karlsruhe. Angebote mit Preisangabe unter Nr. 28788 an die Geschäftsst. d. Bad. Presse.

Armes Mädchen verlor Schlüssel. (Anh. 100 Mk.) Preis: 100. von Kurvenstr. - Karlsruhe, über neue Schlüssel bis Werderplatz. Abgabe: 100. Ansh. 100. D. 100.

Wir suchen vertäuf. Häuser an beliebigen Plätzen mit und ohne Geschäft, behufs Unterbreitung an vorgenannte Käufer. ...

Schöne Waschkommode in Marmorpl. u. Spiegel. ...

Schöne Nähmaschine für 65. zu verk. 7-709. ...

Browning. vollf. neu, zu verkaufen. 28785. ...

Lehrstelle. Junger Mann, Sohn achtbarer Eltern, findet Lehrstelle in seinem Spezialwaren- u. Delikatessengeschäft. ...

Lehrling! Sohn achtbarer Eltern m. guten Schulkenntnissen fann in die kaufmännische Lehre treten bei 1012 Karl Baumann, Karlsruhe i. B., Akademiestraße 20.

Geseling mit guter Schulbildung. ...

Drehlehrer kann auf Ostern ein-treten bei 28732 Konr. Fieck, Mech. Holzschleiferei, Akademiestr. 22.

Verkäuflerin aus achtbarer Familie gesucht. 1672. ...

Wir suchen zum möglichen sofortigen Eintritt ein hausburche gesucht. 1564. ...

Lehrstelle. Junger Mann, Sohn achtbarer Eltern, findet Lehrstelle in seinem Spezialwaren- u. Delikatessengeschäft. ...

Lehrling! Sohn achtbarer Eltern m. guten Schulkenntnissen fann in die kaufmännische Lehre treten bei 1012 Karl Baumann, Karlsruhe i. B., Akademiestraße 20.

Geseling mit guter Schulbildung. ...

Drehlehrer kann auf Ostern ein-treten bei 28732 Konr. Fieck, Mech. Holzschleiferei, Akademiestr. 22.

Verkäuflerin aus achtbarer Familie gesucht. 1672. ...

Wir suchen zum möglichen sofortigen Eintritt ein hausburche gesucht. 1564. ...

Wir suchen zum möglichen sofortigen Eintritt 2 tüchtige Elektromonteuere. ...

Lehrer Wagner, Schlosser, Glaser werden gesucht. 1874. ...

Jüngeres Gränlein für Hand- u. Maschinenarbeiten wird verlangt. ...

Kontoristin, Anfängerin mit Vorkenntnissen sofort gesucht. ...

Haushälterin gesucht. ...

1 Stenotypistin. Bewerberinnen, die eine mehrtägige Vorkursus nachweisen können, wollen ausfüllend gebaltes An-gesuch unter Verweisung von Namen- u. Adressen und eines Lichtbildes ein-lenden an 469a.21. ...

Lehrer Wagner, Schlosser, Glaser werden gesucht. 1874. ...

Jüngeres Gränlein für Hand- u. Maschinenarbeiten wird verlangt. ...

Kontoristin, Anfängerin mit Vorkenntnissen sofort gesucht. ...

Haushälterin gesucht. ...

1 Stenotypistin. Bewerberinnen, die eine mehrtägige Vorkursus nachweisen können, wollen ausfüllend gebaltes An-gesuch unter Verweisung von Namen- u. Adressen und eines Lichtbildes ein-lenden an 469a.21. ...

Wir suchen zum möglichen sofortigen Eintritt ein hausburche gesucht. 1564. ...

Techniker (Architekt) mit 3 Jahren Büropraxis sucht, auf gute Remuneration, für einige Stunden des Tages Stellung, um die and. Zeit die Hoch-schule beenden zu können. ...

2 od. 3 Zimmerwohng. in gutem Hause zu mieten gesucht. ...

3 Damen suchen 2 bis 3 Zimmerwohnung auf April od. Juli im Zentr. d. Stadt, in schön. Gasse. ...

Gränlein sucht ein einfaches möb. leres Zimmer evtl. mit Nebenbenutzung unentgeltl. ...

Gränlein sucht auf 1. März kleines, hübsch möbl. Zimmer mit Beleuchtung und Ofen. ...

Einige Frauen sind über für einige Stunden zur Hausarbeit gesucht. ...

Einige Frauen sind über für einige Stunden zur Hausarbeit gesucht. ...

Schöne, modern eingerichtete Villa mit Zubehör und großem Garten- und Biergarten in schöner Lage der Stadt Karlsru auf 1. März zu vermieten. ...

